

Neuer Unterstützungsabbau in Sicht!

„Preisfestsetzungskommissar“ Goerdeler fordert Abbau der Erwerbslosenunterstützung Erneute Senkung um 25 Prozent beabsichtigt

Während der letzten Verwaltungsratsitzung der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, in der der Gesamthaushalt mit 2,1 Milliarden für das laufende Jahr festgelegt wurde, machte der Präsident, Dr. Spruy, Ausführungen, die den scharfsten Protest der Erwerbslosenmassen hervorgerufen haben.

Unter anderem erklärte Dr. Spruy, daß der monatliche Durchschnitt der Unterstützung mit Rücksicht auf die Verabreichung der Unterstützungsgeldleistungen und den Rückgang der Löhne auf 23 Mark festgelegt sei, einschließlich 4,25 Mark für Krankenversicherung.

Als die Arbeitslosenversicherung eingeführt wurde, betrug der Durchschnitt 21 Mark und im Laufe der Jahre 20,50 Mark. Das bedeutet für die Erwerbslosen eine erneute Kürzung von ca. 25 Prozent, wozu noch der Beitrag für die Krankenversicherung kommt, der ja im ausgeübten Unterstützungsjahr gar nicht erlöschte. Für die Erwerbslosen und ihre Familien heißt das, den Hunger immer enger schnallen, um schließlich doch nur Unterstützung auf der Straße zu bleiben. Der Durchschnittslohn wurde von der Reichsanstalt herabgesetzt, weil auch die Löhne gesunken sind. Als „Preisabwärtsschwindel“ auch für die Erwerbslosen, die nicht einmal imstande sind, die „gesunkenen Preise“ für das Lebensnotwendige zu bezahlen, die hungern und trauern in ihren Abwärtsschindeln; die für die „Winterhilfskassen“ in „Chape“ einen Groschen bezahlen müssen, obwohl die Befreiung derselben weniger als 10 Pfennig kostet und noch zum Gehalt für die Kinder der „Winterhilfe“ werden. Herr Goerdeler, der Preisabwärtsschwindel, der es nicht fertig brachte, die Preise wirklich zu senken, neigt sich nun im Abbau der Erwerbslosenunterstützung, um wenigstens auf einem Gebiete „aufwärts im Abbau“ geworfen zu sein.

Erneuten Unterstützungsabbau, vergrößertes Massenelend schlägt man augenblicklich in den Momenten an, wo jeder amtlische Stellen ein spranghaftes Aufschreien der Preise verzeichnen.

Bemerkenswert bei den Ausführungen Spruys ist, daß er 72 Millionen Mark für die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes eingeplant hat, womit die Reichsanstalt sich als Begünstigte des immer weiter um sich greifenden Lohnabbaus erweist. Damit dokumentiert die Reichsanstalt augenblicklich alle Schreierlein über Arbeitsbeschaffung als Platz, als ausgeglichene Schwindel.

Die Sorgen und die Hoffungslosigkeit der herrschenden Klasse, einen Ausweg aus der Krise zu finden, spiegeln sich wieder in der Erhöhung der Summe für Kurzarbeiterunterstützung, die mit 72 Millionen Mark angesetzt ist. Dies zeigt sich, daß mit weiterem Nachwachsen der Kurzarbeiter gerechnet wird und damit das Elend breiter Arbeiterschichten ins ungeheure steigt.

Bezeichnend ist die Stellung der Dresdner Volkzeitung zu den erneuten geplanten Abbaumaßnahmen. Aufwändig zitiert man die Ausführungen Spruys, stellt weitere Verschlechterungen fest, um zum Schluß eine Träne rollen zu lassen über die Kurzarbeiter, die durch den Notverordnung-Lohnabbau doppelt schwer betroffen werden. Kein Wort zu dem Abbau der EM um 25 Prozent, kein Wort zur Berechtigung größerer Summen für freiwilligen Arbeitsdienst. Kein Wort an die Erwerbslosen, sich zusammenzuschließen zum Abwehrkampf. Kein Wort über evtl. Maßnahmen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Die Erwerbslosen haben von der „Eisernen Front“ nichts zu erwarten. Die Stützen der Notverordnungsdiktatur können und wollen nicht wider den Stachel lösen. Die Front Hindenburg-Brüning-Wels, die Theoretiker des „kleineren Übels“ haben wichtigere Aufgaben als sich um die Kote, um den Hunger der Erwerbslosen zu kümmern.

Den Kampf um Arbeitsbeschaffung, um ausreichende Unterstützung führt nur die kommunistische Partei, die in ihrem roten Selbsthilfeprogramm die Wege gewiesen hat, um den Millionen Erwerbslosen tagelohnende Hilfe zusammen zu lassen. Gemeinsam mit der Harzburger Front lehnen die Einseitigen der Notverordnungspolitik die Forderungen der Kommunisten in den Parlamenten ab.

Nur die Kommunisten rufen die Massen zum außerparlamentarischen Kampf. Sie mobilisieren alle Werktätigen für den Kampf um Arbeit, Freiheit und Brot.

Sie rufen die Proleten in Betrieb und Stempelstelle auf, sich einzureihen in die rote Klassenfront zum Kampf gegen Hunger und Not, für den Kandidaten der Arbeiterklasse Ernst Thälmann!

Gegen die Stützen der Notverordnungsdiktatur! Gegen die „eisernen“ Hindenburgfront, die die Arbeiter ablenken soll vom Kampf um ihre Interessen!

Für ausreichende Löhne und Unterstützungen! Für ein freies sozialistisches Deutschland!

Alarmsignale im GDA

Angestellte erklären: Kampf der Gewerkschaftsbürokratie. Für die Einheitsfront aller Werktätigen. Herr Krahl macht in Kommunistenbege. Angestellte, hinein in die RSD!

Am 12. Februar wurde die Jahreshauptversammlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Dresden, abgehalten, die von etwa 140 Mitgliedern, bei einer Ortsgruppenstärke von etwa 70, besucht war.

Diese schwache Anteilnahme spricht schon dafür, inwiefern die Führung des GDA verstanden hat, sich das Vertrauen ihrer Mitglieder zu erwerben.

Deutlich kam dies dann auch in der Diskussion zum Ausdruck in der zwei unzufriedene Angestellte die Isolierungspolitik der Gewerkschaftsführer und besonders des Bundesleiters Schreiber (Staatpartei) brandmarkten und damit guten Teil fanden.

Sie erklärten der Führung, daß diese unfähig sei, die Interessen der Angestellten zu vertreten und bewiesen dies an Hand der Politik des GDA und besonders durch die GDA-Presse. Sie wußten aus, daß der GDA sich nur bespottet, wenn er gegen andere Arbeitnehmerschichten, gegen die Beamten und Arbeiter spricht und dadurch die Gelder für Flugblätter ausgibt, die für die Einheitsfront anzutreiben, die Arbeitnehmerschaft nur verblüfften. Der Diskussionsredner wandte sich gegen den imperialistischen Krieg und erklärte der Versammlung, daß entgegen den Behauptungen der Gewerkschaftsbürokratie Arbeit und Kapital unüberbrückbare Gegensätze darstellen. Zum Schluß wurde angeregt mit der Politik des Bundes und Jurist Weinmann vor den brutalen Angriffen des Kapitals auf die Lebenshaltung aller Werktätigen, Schluß zu machen, und eine breite Abwehrfront aller Werktätigen zu bilden.

Die GDA-Funktionäre waren darüber sichtlich verlegen, und hätten am liebsten die Diskussion abgebrochen, indem sie erklärten, daß dies nicht in eine Hauptversammlung gehöre. Sie versuchten dann mit ihrer bekannten staatsparteilichen Einstellung die Diskussion zu entkräften und als sie am Ende des Vortrags waren, glaubten sie mit Demagogik die oppositionellen Kollegen zu schlagen und warten Beitragsrückstände vor, erklärten den Antrag auf Übernahme der Bürgersteuer durch die Arbeitgeber für absurd. Es schloß natürlich nicht vor Hinweis, daß der Diskussionsredner von der roten Gewerkschaft und von den Kommunisten gelehrt sei, was der Geschäftsführer Krahl, während in den Saal polaute, und wir möchten nicht verstehen, Herr Krahl für diese Klänge zu danken.

Der dann zur Wahl mit vorgeschlagene oppositionelle Kollege erhielt 65 Stimmen und wir können daraus ersehen, daß auch die Angestellten im GDA immer mehr zur Erkenntnis kommen und begreifen, daß nur die breite Einheitsfront zum Abwehrkampf gegen die kapitalistische Notverordnungspolitik der Massen aus Verleumdung der Werktätigen aller Berufe ist.

Nicht auch ein, GDA-Kollegen, in die RSD und in die RFD, in die rote Einheitsfront für ein freies sozialistisches Deutschland.

auf Ruhland geschimpft haben, legen jetzt offen: „In Ruhland geht es doch vorwärts!“ Ebenfalls nehme ich in den Betrieb die „rote Zeitung“ mit, die ich regelmäßig bekomme. Dieselbe macht die Runde durch den ganzen Betrieb. Kräftig jagte eine alte Arbeiterin während der Mittagspause: „Ich brauche keine „rote Zeitung“ mehr. Ich habe jetzt die Arbeiterstimme beiliegend und da kann ich jeden Tag lesen, wie es in Ruhland vorwärts geht!“

Genossinnen und Genossen! Tretet in Erstreckung mit russischen Arbeitern und Arbeiterinnen! Mit Hilfe dieser Briefe kann die Werbung für Partei und Presse in den Betrieben ungeheuer vergrößert werden!

Weißt du schon, wer ihr Hindenburg ist?

- Für Hindenburg haben sich offen ausgesprochen:
- Der Orgeschäftsführer Escherich und sein bayrischer Heimatschutz
 - Die Deutsche Adelsgesellschaft
 - Der Jungdeutsche Orden
 - Der christlich-sozialer Volksdienst
 - Der Evangelische Volksdienst
 - Die Volkskonservative Vereinigung der Westarp und Treviranus
 - Die Reichstagsfraktion des Landvolkes
 - Der bayrische Generaloberst Graf vom Bothmer
 - Die Deutsche Volkspartei
 - Die Wirtschaftspartei
 - und — die SPD-Führer!
- Und du, Prolet?
- ### Dein Kandidat ist Ernst Thälmann!

Das ist das System Brüning-Gebering-Hitler!

4.20 Mark Höchstlohn bei 48 Stunden Arbeit

In Rürnberg ist eine Frauenarbeitsstätte, auf die sich die SPD-Führer ungeheuer viel einbilden. Dort arbeiten ungefähr 200 Frauen. Es werden Spielwaren bearbeitet, die von zwei Frauen geliefert werden. Die Arbeitszeit beträgt pro Tag acht Stunden. Es ist Prämienlohn eingestellt. Nur einer einzigen Arbeiterin gelangt es dort, den

„Höchstlohn“ von 4,20 Mark in der Woche zu erreichen. Es sind aber auch Arbeiterinnen dort, die nur die Hälfte verdienen. Von diesem Verdienst werden den Frauen Kleider- und Schuhgeld noch abgezogen, auch das Schloßgeld muß noch bezahlt werden. Das Essen ist nicht nur wenig, sondern so schlecht, daß es viele Frauen trotz ihres Hungers auf die Straße werfen. Die beste Kost, die verabreicht wird, ist Ruckeluppe. Standaß sind die hygienischen Einrichtungen.

Ein Eimer Wasser für 60 Frauen zum Waschen! Die SPD-Führer, die den größten Einfluß auf diese Frauenarbeitsstätte haben, prüfen diese Ausbeutungsstätte als einen Erfolg ihrer guten Arbeiterpolitik.

Aber auch die Kapitalführer drehen diese Zustände. In Rürnberg

Die Bankrotte in Sachsen schreiten fort

Aus den Mitteltönen des Statistischen Landesamtes ist zu entnehmen, daß der Zerfall des kapitalistischen Systems von Tag zu Tag hässlichere Formen annimmt. Die auf Profit aufgebaute Wirtschaftslage ist nicht mehr imstande, die Grundlage ihres Bestehens aufrechtzuerhalten.

Die Zahl der Anträge auf Konkursöffnung in Sachsen beläuft sich im Monat Januar auf 195 (im Dezember 204). In 118 Fällen ist diesen Anträgen stattgegeben worden, während in 77 Fällen wegen Mangels an Konkursmassen Ablehnung erfolgte.

Aus der folgenden Übersicht ist klar zu ersehen, daß der Bankrott der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise unvermindert anhält.

A. Konkurse						
Monat	Neue Konkurse	Rechtsanträge	Abgelehnt	Abgelehnt	Abgelehnt	Abgelehnt
Januar 1932	195	130	37	74	—	28
Januar 1931	210	150	36	78	1	45

B. Gerichtliche Vergleichsverfahren						
Monat	Neue Verfahren	Rechtsanträge	Abgelehnt	Abgelehnt	Abgelehnt	Abgelehnt
Januar 1932	60	56	22	21	—	13
Januar 1931	72	68	25	22	2	16

Die Folgen des Zusammenbruchs der Unternehmungen hat wie immer das Proletariat zu tragen. Massenentlassungen und damit Not und Elend in gesteigertem Maße drücken schwer auf die Schultern der Arbeiterschaft.

Niedergang in der kapitalistischen Welt mit all seinen für das Proletariat verheerenden Folgeerscheinungen. In der Sowjetunion, dem Lande der proletarischen Diktatur liegt in den Sozialismus und damit wachsender Wohlstand aller Werktätigen. Das russische Proletariat zeigt unter Führung der kommunistischen Partei keinen Arbeitsbrüder, die noch unter dem Joch des Kapitalismus leiden, den Ausweg. Die Wahl ist nicht schwer.

Den Kampf um Arbeit, Freiheit und Brot führt nur die kommunistische Partei. Diese Erkenntnis muß sich auswirken im Betrieb, auf der Stempelstelle und in den Massenorganisationen, kurz, überall, wo Ausbeutete und Unterdrückte zusammenkommen. Jeder stellt sich der RSD als Bekämpfer zur Verfügung, jeder zeichnet auf die Sammelstellen für den Sieg des roten Kandidaten Thälmann, für den Sieg des Sozialismus in Deutschland!

Bauarbeiter, Bezirk Pieschen!

Sonnabend den 27. Februar, 20 Uhr, findet im Restaurant „Grundstein“, Leisniger Straße, eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Eiserner Front, Reichspräsidentenwahl und die Stellung der Bauarbeiter. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Tagesordnung haben alle Bauarbeiter des Bezirks Pieschen zu erscheinen.

Der Bezirksvorstand.

So stößt man in Betrieben vor!

Diskussionen mit SPD-Arbeitern im RWD

(Arbeiterkorrespondenz 278)

Es ist Mittagspause und ein Kollege tritt aus der Arbeiterstamme vom 12. Februar den Artikel vor: „Freitages SPD-Führer unterzeichnen Hindenburg-Wahl.“ Überdem macht der „rote Stern“, Nr. 7, die Runde. Besonders interessiert die Kollegen die letzte Seite, die die Bilder des Talmann-Auswechsellings bringt. Sofort entwickelt sich eine große Diskussion, an der alle SPD-Arbeiter sich beteiligen. Der Kolonnenführer erklärt, wenn Hitler keinen Kandidaten aufstellt und die Nazis Hindenburg wählen, dann kommt für uns Hindenburg nicht in Frage. Der SPD-Kollege fährt ihn auf, daß wir schon mitten im Faschismus stehen, der Notverordnunglohnabbau uns alle gleich schwer trifft. Er zeigt ihm weiter die Handlungsweise der sozialfaschistischen Führer auf, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch Gesetzgebung, die Aufhebung des Stahlhelmverbotes im Rheinland-Westfalen durch Braun und schließlich die Unterbindung aller Notverordnungen Brüning als der „kleinere Übel“. Die SPD-Kollegen hören interessiert unserem Genossen zu und machen sich Gedanken über die Rolle ihrer Partei. Nicht weit von ihnen liegen parteilose Kollegen, die ruckhallos unserem Genossen zustimmen. Jedoch die Mittagszeit ist zu kurz, um alle Fragen reiflos zu klären. Der Anfang ist gemacht. Wir werden auch im Reichshausbesetzungswerk — dieser Hochburg der SPD — weiter vorstößen für die RSD und für die kommunistische Partei!

In Sowjetrußland geht es vorwärts!

Diskussionen über Rußlandbriefe im Betrieb

(Arbeiterkorrespondenz 277)

Ich karteipostete mit einer russischen Jungkommunistin. Je besser, wenn ich von ihr einen Brief erhalte, nehme ich ihn mit in unseren Betrieb und gebe ihn (es sind viele Jugendliche des Betriebes) allen zu lesen. Diese Briefe lösen immer die interessantesten Diskussionen aus. Einige Arbeiterinnen, die früher sehr

14 Jahre Rote Armee

Große Kundgebung am Freitag dem 26. Februar 1932 im Kristallpalast, Schäferstraße

Mitwirkende: Tambourzug, Blas- u. Schalmeykapelle, Arbeiterdram, Redner: Hornigk, MdR, Eintritt 50 u. 25. Kampfkomitee gegen Faschismus Groß-Dresden